



Appell an die Politik beim Trialog 2014

GÖTZIS, DORNBIERN. Wie der Weg zu inklusiven Arbeitsplätzen aussehen könnte, stand im Mittelpunkt des diesjährigen Trialogs der Lebenshilfe Vorarlberg. Menschen mit Behinderungen, Eltern und Angehörige sowie professionelle Begleiter setzten sich intensiv mit dem Thema auseinander. Den Auftakt machte ein Vortrag im ORF-Landesstudio. **Franz Wolfmayr** (Geschäftsführer „Chance B“, Präsident des Europäischen Dachverbands EASPD) referierte über die aktuelle Situation von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt. Er hob dabei auch die Bedeutung gesetzlicher Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Beschäftigungsmodellen hervor. „Menschen mit Behinderungen sollten die Möglichkeit haben, einen Job zu wählen und sie sollten in der Lage sein, Spaß an der Arbeit zu haben und ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten zu können, wie andere Menschen auch.“ Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion statt, bei der Barrieren und mögliche Lösungen auf dem Weg zu inklusiven Arbeitsplätzen besprochen wurden.

Am nächsten Tag lud die Lebenshilfe zum Workshop nach Götzis ein. In den verschiedenen Arbeitsgruppen brachten sowohl Menschen mit Behinderung als auch Eltern und Angehörige sowie Fachkräfte ihre Meinungen ein und formulierten ihre Forderungen an die Politik: Lohn statt Monatsgeld, Sozial- und Pensionsversicherung für Menschen mit Behinderungen, größere Hürden für Unternehmen bei Nichtanstellung von Menschen mit Behinderungen und größere Belohnungen bei Anstellung.

Gemeindevertretersitzung mit produktiven Ergebnissen

Am Dienstagabend fand in der Aula der VS Altach eine Gemeindevertretersitzung statt.

ALTACH. (pe) Etliche Programmpunkte kamen bei der Sitzung der Altacher Gemeindevertreter zur Sprache und zur Abstimmung. In der Aula der Volksschule wurde diskutiert und es wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Der Dienstagabend war dafür reserviert, im Dienste der Gemeinde aktuelle Themenpunkte zu beratschlagen und bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

Einstimmig angenommen

Für die Altacher Ortsfeuerwehr wird ein neues Versorgungsfahrzeug der Marke Mercedes Sprinter samt Aufbau und Hebebühne angeschafft. Die Gesamtkosten für das Einsatzfahrzeug, das das alte Versorgungsfahrzeug aus dem Jahr 1992 ersetzen wird, belaufen sich auf 102.776 Euro. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Feuerwehrkommandant **Marko Buchhammer** und seine Mannschaft freuen sich sehr darüber, dass die Gemeinde „auf uns schaut, und dass wir dieses gute Fahrzeug bekommen.“



Bürgermeister Gottfried Brändle freut sich über eine Gemeindevertretersitzung mit produktiven Ergebnissen. FOTO: PE

Die Asphaltierungsarbeiten für den örtlichen Radweg im Bereich „Im Igleta“ wurden an die Firma Wilhelm + Mayer vergeben. Die Arbeiten an der 650 Meter langen Strecke zwischen dem Sauwinkel und dem Götzner Rheinhof werden, so Bürgermeister **Gottfried Brändle**, gleich nach Ostern beginnen - schießlich beginnt die Hochsaison für Radler. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich auf 104.549,06 Euro - seitens des Landes wurde eine Förderung in Höhe von 70 Prozent zugesagt, da es sich um einen überörtlichen Radweg handelt. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Weiters wurde ein Entwurf über eine Verord-

nung zur Änderung des Flächenwidmungsplanes beschlossen. In Zusammenhang mit der vom Land Vorarlberg im Rheintal verordneten Blauzone sind Änderungen im Flächenwidmungsplan der Gemeinde Altach notwendig, und zwar dahingehend, dass Flächen im Ausmaß von 223,8 Hektar von „Freifläche Landwirtschaftsgebiet“ in „Freifläche Freihaltegebiet“ umgewidmet werden. Es folgt nunmehr ein vierwöchiges Auflageverfahren. Auch in diesem Punkt war man sich einig.

Verordnungen

Behandelt wurde außerdem ein Antrag der BLA.G-Fraktion über die Einführung einer „Verordnung Lärmstörungen“ be-

handelt. In Altach gibt es, wie in vielen anderen Vorarlberger Gemeinden, keine Verordnung, sondern Empfehlungen der Gemeinde, zu welchen Zeiten das Rasenmähen und andere lärmeregende Arbeiten durchgeführt werden sollten. Diese Zeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 20 Uhr, Samstag von 8 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 18 Uhr. Seitens der BLA.G-Fraktion wurde eine Verordnung beantragt, damit auch Strafen ausgesprochen werden können.

Die klare Mehrheit der Gemeindevertretung (AVP-Fraktion und SPÖ/PF-Fraktion) hat sich gegen eine Verordnung ausgesprochen, da ein gemeinschaftliches Zusammenleben in der Nachbarschaft auch ohne zusätzliche Reglementierungen funktionieren sollte. Eine zusätzliche Verordnung könne nichts dazu beitragen, nachbarschaftliche Konflikte zu beruhigen, sondern bewirke eher noch das Gegenteil. Grundsätzlich funktioniere die derzeitige Lösung gut und es gebe auch relativ wenige Beschwerden. Bei 26 anwesenden Gemeindevertretern fanden die sechs Pro-Stimmen keine Mehrheit.



JETZT in allen Russmedia-Geschäftsstellen und am Kiosk sowie im gut sortierten Fachhandel in Vorarlberg erhältlich. Mit folgenden Themen:

- Mehrgenerationenhaus
- Traumhaus
- Jugendstilfassade
- Frauenpower
- Outdoorparadies
- Blumendeko zum Selbermachen
- Familiendomizil

